

Euro-Einführung in Zypern und Malta

Seit 1. Jänner gilt in Zypern und Malta der Euro als Zahlungsmittel. Somit haben von den 27 EU-Mitgliedern 15 auf die europäische Gemeinschaftswährung umgestellt. Der Euro-Raum umfasst damit 320 Millionen Menschen. Der Umrechnungskurs beträgt für das Zypern-Pfund 1,71 Euro und für die Maltesische Lira 2,33 Euro. In der Türkischen Republik Nordzypern, die nur von der Türkei anerkannt wird, bleibt jedoch die Neue Türkische Lira Landeswährung. Um Preissteigerungen zu verhindern haben sich viele Unternehmen auf Zypern und Malta verpflichtet, mit der Euro-Einführung die Preise nicht anzuheben. Dies wird in beiden Staaten von den Behörden überwacht.

Als nächstes EU-Mitglied will die Slowakei ihre nationale Währung am 1. Jänner 2009 aufgeben. Durch ein Budgetdefizit auf einem historischen Tiefstand und eine kontrollierte Inflation sei die Slowakei auf die Euro-Umstellung bestens vorbereitet, erklärte Premierminister Focci gegenüber Mitgliedern des EU-Parlaments.

Auch im traditionell Euro-skeptischen Dänemark werden zunehmend Forderungen nach einer Volksabstimmung über einen Beitritt zum Euro-Raum laut. Großbritannien jedoch hält nach wie vor an der nationalen Währung fest.

Gonzalez Vorsitzender des »EU-Weisenrates«

Der ehemalige spanische Premierminister Gonzalez ist vom EU-Gipfel in Brüssel zum Vorsitzenden eines neunköpfigen »Weisenrates« ernannt worden, der auf eine Initiative von Frankreichs Präsident Sarkozy zurückgeht und bis 2010 Zukunftskonzepte für die EU erarbeiten soll. Im Mittelpunkt der Reflexionen sollen das Modell der Europäischen Wirtschaft und der sozialen Verantwortung sowie die nachhaltige Entwicklung als grundsätzliches Ziel der EU stehen. Als weitere Kernthemen sind die globale Sicherheit, Migration, Energie und Klimaschutz, sowie der Kampf gegen inter-

nationales Verbrechen und Terrorismus vorgesehen. Entgegen Sarkozys Wunsch enthält das Mandat jedoch keinen Auftrag, die zukünftigen Grenzen der EU zu analysieren.

2008 »Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs«

Das Europäische Jahr, das unter dem Motto »In Vielfalt geeint« steht, ist eine gemeinsame Initiative der EU, der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Zivilgesellschaft. Angestrebt wird eine Verbesserung des wechselseitigen Verständnisses und des Zusammenlebens verschiedener Kulturen in Europa. Es soll die Vorteile der kulturellen Vielfalt den EU-BürgerInnen näherbringen und dadurch die aktive Partizipation der EU-BürgerInnen an europäischen Themen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa fördern. Mit einem Budget von zehn Millionen Euro werden Informationskampagnen, Umfragen und Studien zum interkulturellen Dialog finanziert sowie sieben europäische und 27 nationale Projekte zum interkulturellen Dialog in der EU subventioniert. Die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs ist auch eines der drei zentralen Ziele der neuen europäischen Kulturagenda.

Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Flash-Eurobarometer-Umfrage, in der die TeilnehmerInnen über die Art ihrer Kontakte mit Menschen aus anderen Kulturen, sowie generell nach ihrer Haltung gegenüber kultureller Vielfalt und nach dem bevorstehenden europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs befragt wurden, ergab, dass 72 Prozent aller EU-BürgerInnen meinten, dass Menschen mit einem anderen ethnischen, religiösen oder nationalen Hintergrund das kulturelle Leben in ihrem Land bereichern, 23 Prozent stimmten dem nicht zu. 🌐

Dr. Silvia Michal-Misak ist Politologin, Lektorin an der Universität Wien und Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.

E-Mail: silvia.michal-misak@univie.ac.at

Buchtipps



Jürgen Bozsoki

Der neoliberale Großangriff auf Europa

Wirtschaftspolitische Gegenkonzepte statt Polemik

Mit einem Vorwort von Hannes Swoboda
Editon Vabene, Wien 2007, 248 Seiten, 24,90 €

Der Autor zeigt auf, dass die Entwicklungen in der EU nicht auf unvermeidliche Sachzwänge der »Globalisierung« zurückzuführen sind, sondern ganz bewusst zum Vorteil einer Minderheit gefördert werden. Gab es früher unter Ökonomen und politischen Parteien einen Wettbewerb der Ideen zur Gestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik, haben sich heute in Brüssel fast alle dem neoliberalen »Einheitsbrei« unterworfen. Dies erzeugt zu Recht Frust bei der europäischen Bevölkerung, wie die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden gezeigt hat.



Lena Muttonen

Die Integration von Drittstaatsangehörigen

in den österreichischen Arbeitsmarkt

Facultas.wuf, Wien 2008, 252 Seiten, 32 €

Die Integration von Drittstaatenangehörigen in den österreichischen Arbeitsmarkt stellt ein äußerst brisantes und gesellschaftspolitisch besonders relevantes Thema dar. Im Buch werden nach der Darstellung verschiedener Integrations-theorien aktuelle Entwicklungen der Integrations-, Migrations- und Beschäftigungspolitik auf Unionsebene veranschaulicht.